

Danziger Volksstimme

Einzelnummer 60 000 Mk.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 199

Montag, den 27. August 1923

14. Jahrg.

Abonnementspreis für die Woche vom 27. 8. — 1. 9. 23 300 000 Mk.
Einzelnummer 60 000 Mk. bei Barzahlung. Bei Zahlungen nach 3 Tagen
ein Grundpreis von 10 resp. 40 Goldmarken berechnen.
Anzeigen in Danzig nach dem Stande des Dollars am 27. 8. 23.
Anzeigen in Danzig nach dem Stande des Dollars am 27. 8. 23.
Anzeigen in Danzig nach dem Stande des Dollars am 27. 8. 23.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6.
Postfach 2945.
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckkosten 3290.

Die Devisenverordnung der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat nunmehr die Notverordnung über die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände veröffentlicht. Die Verordnung geht von der Brotabgabe aus und verpflichtet die Erwerbsgesellschaften, also alle Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, für je 10 000 Mark Brotabgabe für das Wirtschaftsjahr 1923/24 den Gegenmarktwert von zwei Goldmark gegen Goldanleihe zu zahlen. Alle übrigen natürlichen oder juristischen Personen, Personenvereinigungen und Vermögensmassen müssen bis zum 15. September den Gegenwert von einer Goldmark in ausländischen Werten oder diesen gleichgestellten Werten abliefern, soweit ihnen in der Zeit vom 10. bis 20. August 1923 ausländische Vermögensgegenstände oder dergl. gehört haben. Da die Freigrenze bei 10 Goldmark gezogen ist, sind Erwerbsgesellschaften, die bis zu 50 000 Mark Brotabgabe gezahlt haben, und andere Steuerpflichtige, die bis zu 100 000 Mark Brotabgabe zahlten, von der Ablieferungspflicht befreit. Alle übrigen Steuerpflichtigen können sich von der Devisenablieferungspflicht nur durch die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung befreien. Aus dieser Versicherung muß hervorgehen, welche ausländischen Vermögensgegenstände sich in der Zeit vom 10. bis 20. August 1923 in dem Vermögen des Steuerpflichtigen befunden hatten und was er nach dem 31. Juli 1923 an Devisen veräußerte. Durch Einsicht in die Bücher und Betriebe können die eidesstattlichen Versicherungen nachgeprüft werden. Wer die vorgeschriebene Erklärung verweigert oder nicht rechtzeitig abgibt, oder wer auf wiederholte Vorladung nicht erscheint, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten, in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren ohne Beschränkung des Höchstmaßes der Geldstrafe bestraft. Willkürliche oder unvollständige Angaben werden mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter einem Jahr und Vermögenskonfiskation bestraft. Für die bisherigen Verluste gegen die Devisengesetze und die Verschleierung des Vermögens bei früheren Steuererklärungen gewährt die Verordnung eine Amnestie und erleichtert dadurch die Abgabe richtiger Erklärungen.

Hierzu schreibt der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“: Es ist ganz selbstverständlich, daß die neue Verordnung nur eine Teilmaßnahme der einleitenden Schritte zur Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist. Der Reichsfinanzminister ist sich darüber durchaus im Klaren und beabsichtigt schon in aller Kürze weitere Maßnahmen durchzuführen. Vor allem wird zunächst eine Milderung in der Beamtenbesoldungspolitik eintreten, der weitere währungs- und finanzpolitische Maßnahmen folgen sollen. Die Vorarbeiten sind bereits im Gange und dürften bald abgeschlossen sein, daß sie den gesetzgebenden Körperschaften zur Beratung vorgelegt werden können. Außerdem aber ist das Reichskabinett davon überzeugt, daß auf die Dauer alle Notverordnungen in währungs- und finanzpolitischer Hinsicht ausfallslos sind, wenn Deutschland nicht in außenpolitischer Beziehung eine Erleichterung erfährt. Die Regierung wird deshalb mit Entschiedenheit ihre Politik der Verständigung fortsetzen und danach trachten, daß der Ruhrkonflikt bald im Wege der Verhandlungen eine Lösung findet. Entsprechende Schritte sind bereits eingeleitet. Es ist zu erwarten, daß sich ihre Auswirkung bald zeigt und die Zeit nicht mehr allzu fern ist, wo das neue Reichskabinett nach einem überstandenen Ruhrkonflikt seinen Grund unter den Füßen gewinnt, um dann zu endgültigen Reorganisationsmaßnahmen zu schreiten, die tatkräftig durchgeführt, eine allgemeine wirtschaftliche Erleichterung, insbesondere aber auch für die Arbeiterschaft erwarten lassen.

Havenstein als Reformator.

Heute lebt in Deutschland allgemein die wohl begründete Ueberzeugung, daß die Kredit- und Finanzpolitik der Reichsbank an der Inflationswelle der letzten Monate im wesentlichen mitschuldig ist. Trotz aller guten Vorschläge hat sich der Reichsbankpräsident Havenstein gegen alle Maßnahmen, die zur Eindämmung der Inflation dienen sollten, gewandt; statt planmäßige Währungspolitik zu treiben, ließ er den Dingen freien Lauf und unterstützte teilweise noch den Verfall der Mark durch seine widerständige Kreditpolitik. Wenn deshalb die gesamte deutsche Öffentlichkeit jetzt immer dringlicher den Austritt des Mannes verlangt, dann ist das nur verständlich! Unverständlich bleibt, wie dieser Mann noch den Mut aufbringen kann, große Verteidigungsreden zu halten, die kaum noch ein Mensch ernst nehmen dürfte, und sich Veranlassungen von Seiten ausstellen zu lassen, die teilweise große Argwühler der Havensteinischen Politik geweckt sind. Für den vergangenen Sonnabend hatte Havenstein den Zentralausschuß der Reichsbank nach

plutulation vor den Plänen der Reichsregierung aussteht. Der Mann, der bisher diese Pläne für sinnlos hielt, erkennt plötzlich ihre Wichtigkeit an und schlußfolgert aus diesem Umfalle, daß er nunmehr berechtigt sei, weiterhin Präsident der Reichsbank zu spielen.

Havenstein dürfte mit dieser Auffassung ebenso allein stehen wie früher mit seiner widerständigen Kredit- und Finanzpolitik! Einem Leiter des Zentralnoteninstitutes, der sich monatelang gegen alle positiven Maßnahmen zur Eindämmung der Währungskatastrophe sträubte, ohne selbst einen positiven Gedanken aufzubringen, der nicht die Voransicht besaß, die Entwicklung der Verhältnisse frühzeitig zu erkennen und entsprechend zu handeln, kann heute kein vernünftiger, objektiv denkender Mensch mehr Vertrauen schenken. Sein Kampf gegen eine vernünftige Währungspolitik galt in erster Linie auch dem jetzigen Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, der als Mitglied des Reichswirtschaftsrats immer wieder für entschiedene währungspolitische Reformmaßnahmen eingetreten ist. Auf ihn nimmt Havenstein ohne Namensnennung in seiner letzten Rede Bezug, um trotzdem aber weiterhin in der Einbildung zu leben, daß es möglich sei, mit dem verhassten Mitglied des Reichswirtschaftsrates Dr. Hilferding weiterhin zusammenzuarbeiten, nachdem es inzwischen Reichsfinanzminister geworden ist.

Zu dieser Kleberei Havensteins schreibt der „Soz. Parlamentsdienst“: Zur Bekleidung des höchsten Amtes im deutschen Zentralnoteninstitut gehören mehr Fähigkeiten und bessere Charaktereigenschaften, geborene Voraussicht und Mut, auch dann einzugreifen, wenn es der Schmerindustrie und dem Spekulantentum nicht gefällt. In Ermangelung dieser Fähigkeiten ist es besser, selbst den Weg zu gehen, den man sonst durch Milderung des Autonomiegesetzes im Reichstag trotz der Sonnabendrede gegangen wird. Das Urteil des Volkes und der Regierung ist unausweichlich: Fort mit Havenstein, so schnell wie möglich!

Poincarés Antwort an Stresemann.

In seiner gestrigen Sonntagsrede in Chancery entwarf Poincaré ein Schreckensbild dessen, was geschehen wäre, wenn Deutschland im Weltkrieg den Sieg davongetragen hätte. Nachdem er alle Länder aufgezählt hatte, die Deutschland nach dem erfolgreichen Ausbruch des Krieges unterworfen hätte, betonte er die Möglichkeit, die Frankreich Deutschland gegenüber gezeigt habe. Am Schluß berührte er die Rede des Reichsfanzlers Dr. Stresemann mit folgenden Ausführungen: Die Reparationskommission hat die wirklich geleisteten Zahlungen gewissenhaft nach einer kontradiktorischen Untersuchung gewertet und bei ihren Feststellungen ist sie immer einmütig gewesen. Es ist also vergeblich zu behaupten, daß Deutschland bereits 42 Milliarden Goldmark geleistet hat oder auch nur 25, wie dies ein Wirtschaftsinstitut in Washington angegeben haben soll. Diese schiedsrichterliche Feststellung setzt uns auf alle Fälle, zu welchen sonstigen Ergebnissen wir kommen würden, wenn jemals internationale Sachverständige damit beauftragt werden sollten, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu bemessen, und ich brauche wohl in dieser Beziehung nicht zu sagen, daß unsere Ansicht sich in diesem Punkte nicht ändern kann. Um aber auf das, was Frankreich nach 1871 getan hat, zurückzukommen, so ist das in wenigen Worten das Folgende: Die großen Kosten unsere Ausgaben auch darstellten, ist es uns gelungen, sie zu leisten, unsere Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, unsere nationale Ausrichtung wieder in Ordnung zu setzen und trotz der Verhöhnung, die wir erlitten hatten, unser Land wieder in die Höhe zu bringen und ihm seine Würde wiederzugeben. Haben wir, um diesen Wiederanstieg vorzubereiten, Wunder vollbringen müssen? Nein, wir haben nichts zu verüben, was unsere Kräfte überbieten hätte. Wir haben gearbeitet, wir haben einen Beweis von Loyalität und gutem Willen gegeben, und wir sind in der Lage, die Welt zu helfen. Wir wollen uns unseren Feinden von gestern nicht als Beispiel hinstellen; aber was wir vor 33 Jahren getan haben, das glauben wir, können sie heute nachahmen. Können sie sich nicht dazu entschließen, dann werden sie uns und unsere Nationen in die gleiche Lage zu bringen, die sie damals an uns gerichtet haben: „Wacht auf, oder wir bleiben!“

Die Danziger Fragen in Genf.

Auch die diesmalige Tagung des Völkerbundes wird sich wieder mit Danziger Fragen beschäftigen. Diese Fragen sollen am Freitag und Sonnabend dieser Woche erledigt werden.

Der wichtigste Punkt des Danziger Programms in Genf ist die Finanzfrage und die Schaffung der Danziger Währung. Hierüber ist von Seiten des Senats mit dem Finanzkomitee des Völkerbundes bereits verhandelt worden. Wie der Senat jedoch im Hauptausschuß des Völkerbundes erklärte, können materielle Erklärungen hierüber zurzeit nicht gegeben werden.

Zwischen der Republik Polen und Danzig bestanden mancherlei Streitpunkte. Nach der letzten Tagung des Rates des Völkerbundes in Genf hatten die Vertreter Polens und Danzigs dort Vorbesprechungen abgehalten im Beisein des Völkerbundkommissars, um unter Berücksichtigung des Verlaufs der Verhandlungen und der Pariser Konvention eine Verständigung anzubahnen. Auf Grund dieser Maßnahme wurden hier in letzter Woche Erörterungen gepflogen, wobei sowohl die Vertreter Polens als auch Danzigs den Wunsch, zu einer Einigung zu gelangen, erkennen ließen. Die Erörterungen sollen in Genf fortgeführt und zum Abschluß gebracht werden.

Die Fragen umfassen folgende vier Punkte: Die Auslegung des Artikels 93 der Pariser Konvention, die Zölle, Angelegenheiten des Hafenausschusses und auswärtige Angelegenheiten. Artikel 93 der Konvention behandelt die Stellung der polnischen Staatsbürger in Danzig. In dieser Frage stellt sich Danzig auf den Standpunkt, daß die polnischen Staatsangehörigen grundsätzlich als Ausländer zu betrachten sind. Es dürfen allerdings gegen polnische Staatsangehörige keine Ausnahmegesetze erlassen werden, sondern sie sollen im Gegenteil die Rechte der meistbegünstigten Nation genießen. Sonderrechte vor anderen Ausländern sollen nur durch besondere gegenseitige Uebereinkünfte zugebilligt werden können. Polen dagegen vertritt die Anschauung, daß polnische Staatsangehörige in Danzig die Rechte der Danziger Bürger mit Ausnahme der politischen Rechte genießen sollen. Aus dem bisherigen Verlauf der zwischen Polen und Danzig geführten Verhandlungen geht mit ziemlicher Deutlichkeit hervor, daß in dieser Frage ein Kompromiß nicht möglich sein dürfte. Es wird hier eine Entscheidung des Völkerbundes getroffen werden müssen. Unabhängig von den zwischen beiden Regierungen bestehenden generellen Meinungsverschiedenheiten ist in der Praxis dem von Polen ausgesprochenen Wunsche zum Teil bereits Rechnung getragen worden. Die Verhandlungen hierüber wurden seinerzeit in Warschau plötzlich abgebrochen. Sie sollen nun in Genf wieder aufgenommen werden, nachdem schon in Danzig in den letzten Tagen hierüber Besprechungen stattgefunden.

Die hinsichtlich des Hafenausschusses in der letzten Zeit entstandenen Streitfragen sollen nach den

getroffenen Vereinbarungen als ein Ganzes behandelt werden. Es wird infolgedessen eine Vereinbarung getroffen werden müssen, über die allgemeine Stellung des Hafenausschusses, wobei auch zugleich eine Regelung vorgezogen werden soll über das Verfahren, falls eine der beiden Regierungen gegen eine Entscheidung des Präsidenten des Hafenausschusses Berufung einlegt. Neben dieser Regelung der allgemeinen Stellung des Hafenausschusses werden entsprechend auch eine Reihe von Einzelfragen geregelt werden, so z. B. die Polizeifrage, und ferner als besondere Frage die Finanzen des Hafenausschusses. Hier wird eine provisorische Regelung derart getroffen werden müssen, daß beide Teile die Hälfte zu zahlen haben. Ein polnischer Antrag fordert eine nähere Regelung der Bestimmungen des Artikels 20 Absatz 3 der Konvention. Es wird in diesem Artikel nämlich u. a. bestimmt, daß bei Einstellung neuer Beamten, Angestellten und Arbeiter kein Unterschied zum Schaden polnischer Staatsangehöriger gemacht werden darf. Polen wünscht jetzt eine Entscheidung über Vereinbarung darüber, in welcher Form diese Bestimmung eingeführt oder ausgelegt werden soll.

Die zu regelnden auswärtigen Angelegenheiten, welche hier vorbesprochen wurden zwischen der Vertretung Polens und Danzigs, sollen gleichfalls in Genf ihre endgültige Erledigung erfahren. Der Kernpunkt der Verhandlungen bildet der Artikel 9 der Danzig-polnischen Konvention. Nach diesem Artikel dürfen internationale Verträge, an denen die Freie Stadt interessiert ist, von der polnischen Regierung nicht ohne vorherige Beratung mit der Freien Stadt Danzig abgeschlossen werden. Darüber hinaus erhebt Danzig auf Grund des Artikels 2 der Konvention noch darauf Anspruch, daß die Danzig betreffenden Verträge — es handelt sich in der Hauptsache um Handelsverträge — auch zugleich im Namen der Freien Stadt abgeschlossen werden, so daß also damit Danzig die Stellung einer selbständigen Vertragspartei erhalten wird. Gelegentlich der in Danzig geführten Verhandlungen ist jetzt von polnischer Seite die Erklärung abgegeben worden, daß die polnische Regierung entsprechend den Danziger Wünschen, den in Frage kommenden Staaten mitgeteilt hat, daß die mit ihr getätigten Verträge auch für die Freie Stadt Danzig abgeschlossen werden sollen. Ferner soll das Recht Danzigs auf Bestellung wirtschaftlicher Attachés, wo es wirtschaftliche Interessen hat, geklärt und eine Entscheidung über die Zahl der diplomatischen Beamten Polens in Danzig getroffen werden. Hinsichtlich der Umwandlung des Ein- und Auswandererlagers in eine Aktiengesellschaft wird eine Beteiligung Danziger Kapitals vorgesehen. Bezüglich des Schutzes von Vertretern Danziger Versicherungsgesellschaften in Polen, deren einst dort verhaftet worden sind, wurden Besprechungen geführt, die jedoch noch kein Ergebnis zeigten.

Die Danziger Delegation ist nach Genf bereits abgereist.

Der Wahlkampf in Oesterreich.

In Oesterreich finden im Oktober d. Js. die Wahlen zum Landesparlament statt. Der Wahlkampf ist dort bereits im vollen Gange, wenn auch zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie ein Abkommen getroffen wurde, daß der Wahlkampf in friedlichen Bahnen geführt werden soll. Ueber die Lage im Wahlkampf wird uns aus Wien geschrieben:

Als der Bundeskanzler Dr. Seipel im Oktober, unmittelbar vom Jubel der ganzen bürgerlichen Presse, von Wien heimkehrte, glaubte er wirklich, es sei ihm gelungen, das ganze Volk vor seinen Feindeswagen zu spannen, und je mehr Schwierigkeiten ihm die Sozialdemokraten bereiteten, um so leichter glaubte er, ihnen den Boden unter den Füßen zu ziehen. Darum wollte er unter dem Eindruck der allgemeinen Begeisterung über seine Rettung Oesterreichs rasch das Parlament auflösen, um dann als Sieger alle seine Pläne durchzuführen, die er leider nicht alle offen herauszusagen konnte, solange er sich nicht auf die zu ihrer Durchführung nötige qualifizierte Majorität stützen konnte. Aber, als der Versuch im Herbst, die Wahlen zu erzwingen, scheiterte, im Winter der Sozialdemokratie, und je weiter die Zeit vorrückte, umso mehr wich die Begeisterung der Wiener Meinung auch in den kleinbürgerlichen und intellektuellen Schichten, die dieser Begeisterung zuerst erliegen waren, und diese erkannten, daß die angebliche Rettung Oesterreichs nur ein Versuch sei, auf Kosten des Volkes die Herrschaft der alten Mächte wiederherzustellen.

Wenn Herr Dr. Seipel nun seine Pläne durchführen will, so kann er bei den Wahlen nicht mehr auf breite Schichten des Volkes rechnen, kann nicht mehr eine isolierte Menge gegen die ungeliebten Sozialdemokraten aufstellen, sondern muß trachten, die Mächte der Vergangenheit, die leider auch in der Republik noch sehr reale Kraft repräsentieren, für sich zu mobilisieren, um den Arbeitern, um deren Zurückdrängung es sich ja vor allem handelt, eine Schlacht liefern zu können. So ist es zu erklären, daß die Regierung Seipel, weit über ihr Sanierungsprogramm hinaus, das Geschick des Reiches in die Hände der Banken und einzelnen Großkapitalisten Milliarden-geldes macht; sie hat dem bekannten Kriegsgewinnler Gollmann und seinen Zöglingen bei der Emission neuer Aktien der Aktien-Monopolschicht einen Milliardenanhang von beinahe einer halben Billion Kronen angedacht; sie hat die Bankennachschüsse von den Tagelöhnern der Banken nicht einbehalten und sie hat der Hälfte der Vorkriegsbefugnisse der Vorkriegsbankengruppe gestimmt; damit soll nicht nur die wirtschaftliche und soziale Hebermode des Großkapitals in den Dienst der Regierung gestellt, sondern auch der Wahlfonds der Regierungsparteien gesichert werden. Aber alle diese Maßnahmen an die Banken haben sich zur Not dem Trotz der Regierungsparteien erklären oder mindestens tolerieren. Es wurde auch kein Wähler dadurch direkt geschädigt. Nicht zu erklären, wenn nicht mit dem vorhin angegebenen Grunde, ist es, daß der Bundeskanzler in zwei Wählerversammlungen ausrief, daß die erste Aufgabe des Parlamentes nach den Wahlen die Aufhebung des Mieterschutzes sein müsse. Das war das offene Bekenntnis, daß die Christlichsozialen nach ihrem Siege den Mieterschutz aufheben wollten. Aber am Mieterschutz sind nicht nur die Arbeiter, sondern ebenso auch die Antilettelanten, die Gewerbetreibenden und die Geschäftsmänner interessiert. Die alle wären am Tage der Aufhebung des Mieterschutzes nicht nur in Gefahr, sofort geschädigt, sondern auch auf das Grundbesitzrecht gesteuert zu werden. Nur sie alle bedauert die Aufhebung des Bundeskanzlers und Führers der Christlichsozialen Partei eine offene Herausforderung. Und merkt man, daß der Bundeskanzler diese Herausforderung gemacht, was ihm eben nur damit erklären läßt, daß er den Kampf zwischen Demokratie und Reaktion abschließen will.

Am deutlichsten wird diese seine Absicht aber durch seinen neuen Reich, durch sein Wahlbündnis mit den Monarchisten, deren Kandidaten sogar in die Christlichsozialen Liste aufgenommen werden sollen. Einen materiellen Wert für die Christlichsozialen hat dieses Wahlbündnis nicht, nicht nur weil die Zahl der Monarchisten, die nicht in der Christlichsozialen Partei stehen, ganz unbedeutend ist, sondern auch deshalb,

weil die Monarchisten ohne dies für die Christlichsozialen geistlich hätten. Dieses Wahlbündnis hat also keine andere Bedeutung, als daß Seipel es für notwendig findet, die Masse des Republikanismus abzulegen und offen der Republik den Sandhieb hinzuworfen. Diese Masse war bei den Christlichsozialen seit jeher sehr durchsichtig. Wohl haben am 12. November 1918 noch vierundzwanzig Christlichsoziale für die Republik gestimmt, aber der Wiener Flügel der Christlichsozialen, der sich um das Hauptorgan der Partei, die „Reichspost“ gruppiert, hat schon damals aus seiner Abneigung gegen die Republik kein Geheimnis gemacht. Bei jeder Gelegenheit hat die „Reichspost“ ihre monarchistische Gesinnung kundgegeben, so ganz offen, als Karl Salsburg in Ungarn einbrach, beim Kapp-Putsch in Deutschland und in der bürgerlichen Frage. Zur Republik hielten immer nur die bürgerlichen Christlichsozialen. Als durch die Wahlen des Jahres 1920 die Christlichsozialen in verstärkter Zahl in das Parlament kamen, bedeutete das vor allem den Sieg der Wiener, der monarchistischen Richtung, und der Führer dieser Richtung war eben der heutige Bundeskanzler, Dr. Seipel.

Aber Herr Seipel geht noch weiter. Er will nicht nur alle sozialistisch-reaktionären Schichten gegen die Sozialdemokratie aufbieten, sondern er will außerdem auch das ganze Bürgertum in einheitlicher Front anmarschieren lassen. Zu diesem Zwecke soll, wie es bei den Gemeinderatswahlen der letzten Monate gemeint der Fall war, eine einheitliche christlichsozial-großdeutsche Liste aufgestellt werden. Die Christlichsozialen haben zwar bereits den Nationalsozialisten das Angebot einer gemeinsamen Liste gemacht, wurden aber von diesen abgelehnt und es ist sehr wahrscheinlich, daß sie sich Herrn Seipel für seine Pläne zur Verfügung stellen werden. Das Wahlbündnis, das die Christlichsozialen mit den Monarchisten abgeschlossen haben, wird sie, die sich immer so antihabsburgisch gebärden haben, zwar vor eine schwere Entscheidung stellen, aber die Angst, daß sie bei den Wahlen sonst sehr schlecht abschnitten würden — haben ihnen doch bei allen Gemeinderatswahlen in der Provinz die Sozialdemokraten schließliche Mandate abgenommen — wird sie schon Herrn Seipel in die Arme treiben.

Nur die Sozialdemokratie ist die von Herrn Seipel geschaffene Wahlkonstellation natürlich nur angenehm. Nicht nur, daß die bürgerliche Einheitsliste die vielen Antilettelanten, die noch an die Ehrlichkeit der Großdeutschen glauben, von diesen abziehen muß, wird auch die Entlassung der Christlichsozialen als Partei der monarchistischen Restauration den Kampf vereinfachen. Die Sozialdemokratie kann Herrn Seipel nur dankbar sein, daß er die Frage an die Wähler so klar stellt: Monarchie oder Republik?

Englische Anerkennung für Stresemann.

Der Londoner Berichterstatter des WTB. erzählt von maßgebender britischer Seite, daß die Rede Stresemanns angesehen wird als ein ernstlicher Versuch, in einer sehr kritischen Lage bei der Lösung des Weges zur Erzielung einer Regelung in der Reparationsfrage mitzuwirken. Besonders begrüßt wird die Erklärung des Kanzlers, daß durch Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten nichts für Deutschland gewonnen wird.

Handelsminister Greame betonte in einer Rede in Aberdeen die Notwendigkeit internationaler Finanzkontrolle über Deutschland.

Reichswitz ist über Paris nach Südfrankreich gereist, ohne mit Poincaré zusammenzutreffen.

Stresemann in München.

Reichskanzler Stresemann ist am Sonnabend vor-mittag in München angekommen. Er fuhr im Auto weiter nach München und wurde von den kaiserlichen Ministern empfangen. Am Sonnabend abend fuhr der Reichskanzler wieder nach Berlin zurück. Was die bayerische Regierung von Stresemann erwartet, ergibt sich am besten aus folgendem Satz in einem Begrüßungsartikel der „Stadtzeitung“: „Annoyiert wird es vor allem davon ankommen, daß es Stresemann gelingt, seinen Standpunkt durchzusetzen gegenüber der anderen Seite im „Mafinett“. (Damit sind die Sozialdemokraten gemeint). Daß diese zur Schau ge-

tragene Objektivität nur eine Unaufrichtigkeit ist, erkennt man aus dem Kommentar, den dieselbe „Stadtzeitung“ vor einigen Tagen an den kaiserlichen, teilsweise gegen das Reich gerichteten Aufruf der bayerischen Regierung an ihr Volk geknüpft hat. Dort steht schwarz auf weiß, was die Regierung künftighin alles von Stresemann erwartet und zum Schluß heißt es: „Wenn die Reichsregierung die Spuren des bayerischen Ministerpräsidenten wandeln würde, würde Deutschlands Not wohl bald ein Ende haben.“

Die „Münchener Post“ hat vor einiger Zeit von Ludendorff als dem großen Kriegsverlängerer gesprochen, weshalb „der Mann mit der blauen Brille“ gegen unser Parteiblatt nunmehr gerichtliche Klage wegen verleumderischer Nachrede angestrengt hat. Dem Prozeß, der für Ende September angelegt ist, dürfte große politische Bedeutung zukommen, da die beklagte Partei Männer wie den Prinzen Max von Baden, den General Hoffmann, den österreichischen Generalfeld-marschall Högenberg und andere als Zeugen und Sachverständige laden lassen wird.

Die Zahlung der Beamtengehälter.

Beseitigung der Vorauszahlung.

Der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding hat bereits in seiner Rede vor dem Hauptausschuß angekündigt, daß die Vorauszahlungen der Beamtengehälter weggelassen sollen, da die Regierung nicht mehr imstande ist, diese ungeheuren Summen auf einmal aufzubringen, wenn nicht die Notenpresse weiter über Gebühr in Anspruch genommen werden soll. In der Tat hat die vierteljährliche Vorauszahlung der Beamtengehälter wie die Vorauszahlung später gewährleisteter Nachzahlungen für die Dauer des Vierteljahres außerordentliche Bedenken. Die ungeheuren Milliarden-zahlungen, die auf diese Weise von den Reichskassen zu leisten waren, haben zur Steigerung der Inflation ganz wesentlich beigetragen. Die Beamten selber waren fast zwangsläufig bei der augenblicklichen Geldentwertung genötigt, ihr Gehalt in irgendeiner Form sofort „wertbeibehaltend“ anzulegen. Durch die stark gestiegenen Einkäufe von Lebensmitteln, Kleidungsstücken usw. wurden die Preise gegen Quartalsende ungebührlich in die Höhe getrieben, der Zustrom bedeutender Gelder an die Börse förderte die Spekulation. So ergab sich eine weitere Steigerung der Schäden der Inflation.

Bezeichnenderweise schreibt auch das Organ der Firma Stinnes, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß die Auszahlungen vom 23. August für die kommenden sechs Wochen, denen noch Nachzahlungen für September folgen werden, allein mindestens 100 Millionen Mark beanspruchen, also schätzungsweise zwei Drittel der gesamten Reichseinkünfte, die nach der jüngsten radikalen Steuerreform für August und September einschließlich des Rubrofürs zu erwarten sind. Von anderer Seite betrachtet, macht diese Bezahlung von 100 Millionen mehr aus, als der gesamte Papiergeldumlauf Deutschlands mit der gesamten schwebenden Schuld des Deutschen Reiches. Es ist heute nur eine Stimme in der Öffentlichkeit, daß dieser Zustand aufhören muß.

Verbot der „Roten Fahne“. Auf Anordnung des Polizeipräsidenten in Berlin ist die Sonntagsausgabe der „Roten Fahne“ beschlagnahmt worden. Der Beschlagnahme liegt ein Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik zugrunde. In einem Sonderblatt teilen der Verlag und die Redaktion der „Roten Fahne“ ihrer Leserschaft das Verbot mit und beschuldigen die Regierung Stresemann-Hilferding-Sollmann-Robert Schmidt des Verbots. In Wirklichkeit hat die Reichsregierung mit der Beschlagnahme des kommunistischen Zentralorgans nicht das geringste zu tun.

Platinfunde in Transvaal. Wie aus Johannesburg berichtet wird, sind bedeutende Funde von Platin im Waterberg-Bezirk von Transvaal gemacht worden. Die Ader ist über eine Strecke von 50 Kilometer hin verfolgt worden, und Proben zeigen, daß die Ausbeute 10 Prozent Platin und reines Gold bietet. Verhandlungen über den Erwerb von 10 Gütern, auf deren Gebiet die neue Ader liegt, sind im Gange.

Wer den Pfennig nicht ehrt...

oder: Das salutarste Gericht.

Nach: Tragödie der deutschen Mark vom März 1911.

Als mir noch klein waren sagte meine Mutter, um auf der Erde zu stehen:

„Der den Pfennig nicht ehrt, ist der Teufel nicht wert.“

In jenen Zeiten, da wir noch Pfennig über Pfennig aus dem mangelnden Geld in unsere Taschen steckten, sind ver-gangen.

Und die kleinen Pfennige sind nicht mehr nur noch in den Taschen der kleinen Kinder, sondern auch in den Taschen der großen Männer.

Die Erinnerung der Mark hat mich als Vater eines Kindes im ersten Schutze gelassen, daß mir Pfennig — wie alles — auf das deutsche Reich der Pfennig anzuwenden waren.

Als der Teufel auf 400 000 Mark hand, erregte ich, daß der Reichskanzler den Pfennig seinen Rufen ließ. Ich habe daher in meinem kleinen Herzen:

„Der den Teufel nicht ehrt, ist der Teufel nicht wert.“

In der Zeit, da die kleine Mark ihren Pfennig nicht mehr ehrt, sondern nur noch Pfennig ist, haben es die kleinen Kinder in ihren Taschen in der Mark. Und die kleinen Pfennige sind nicht mehr nur noch in den Taschen der kleinen Kinder, sondern auch in den Taschen der großen Männer.

„Der den Teufel nicht ehrt, ist der Teufel nicht wert.“

Nachdem mir es wohl gelungen ist — der Pfennig zu retten:

„Der den Teufel nicht ehrt, ist der Teufel nicht wert.“

Und, wie, wie.

Der den Teufel nicht ehrt, ist der Teufel nicht wert.

Der den Teufel nicht ehrt, ist der Teufel nicht wert.

Der den Teufel nicht ehrt, ist der Teufel nicht wert.

Der den Teufel nicht ehrt, ist der Teufel nicht wert.

erschwand. Wenige Stunden später war die See acht Leichen der Belegung des „John Twigg“ an der Strand. Nach Ausweis des aufgefundenen Bordjournals bestand die Belegung aus 15 Mann. Das war aus den übrigen gewor-den. Man fand einem Käfig gegenüber, das um so unglücklicher ist, als die geborgenen Leichen Verwundungen aufwiesen, die den Leuten augenscheinlich zugefügt worden waren, um ihre Identifizierung unmöglich zu machen. Trotzdem wollte ein gewisser Thomas Green in einer der Leichen die Leiche seines Bruders Jakob wiedererkennen. Nachdem sie be-rachtet war, entstand aber Zweifel; die Leiche wurde wieder ausgegraben und von der Polizei schließlich als die eines gewissen James Green festgestellt. Der der Behörde als einer der führenden Führer des Alkoholismus bekannt war. Zu derselben Zeit wurde bei New York ein Schoner aufgefunden, in dessen Kabinen alles zum Frischbrot gerichtet war. In den Kabinen brannten die Feuer; aber die Kommandobrücke zeigte von wilder Unordnung und war mit Blut bedeckt, wie auch der Schiffsrumpf von Äugeln durchlöchert war. An Bord befand sich kein lebendes Wesen. Der Name des Schiffes, „Edith A. B. B. B.“, war mit einem Brett übermalt, auf dem der Name „Patrick A. B.“ verzeichnet war. Im Kabinenraum fand man ein Kabinensystem, zahlreiche Gewehre und reiche Munitionsvorräte. Im Schiffsjournal befand sich die Enttragung, daß das Schiff Alkohol und Champagner im Werte von 4000 Pfund Sterling verkauft hatte. Die Polizei glaubt nun, daß zwischen den beiden Schiffen ein Zusammenhang besteht. Man nimmt an, daß ein Kampf mit einem dritten Schiffsgeschehen hätte, das nach der Ausrückung der beiden die ausgeliefert und die Mannschaften ins Meer geworfen hat. Man hofft nun durch Befragung des gefangenen „John Twigg“ einen Fingerzeig zur Aufklärung des unheimlichen Geheimnisses zu erhalten.

Feindlicher Beistand im Segelflug. Bei den zurzeit stattfindenden Wettbewerben der Segelflugschiffe in der Nähe der Hanseatischen Marsen, dem es im vorigen Jahre gelang, als erster die Stundengrenze im Segelflug zu überschreiten, einen neuen Weltrekord über einen Streckenflug von 12 Kilometern auf. Damit ist der bisherige Rekord von 10 Kilometern gebrochen. Der Segelfluger ist ein junger Mann, der sich in der Segelflugszene auszeichnet.

1 Dollar 5 500 000 Mk.,
Pol.-Mk. 24,00 Mk., 1 engl. Pf. 28 080 000 Mk.

Der Ausbau des Gymnasiums in Tübingen.

Stiva. Eine Sitzung der Gemeinderatsord-
neten findet heute, Montag, den 17. August, nachmittags
6 Uhr in der Aula des Lyceums statt. Die Tagesordnung
umfaßt nicht weniger als 20 Punkte. Darunter befinden sich:
Abänderung der Einkommen- und Grundsteuerordnung. Er-
höhungen des Minderlohn- und des Schmelzlohn für die
höheren Schulen und der Werklohnkinder. Aufhebung
der Gebühren für die Benutzung von Räumen im Lyceum,
der Turnhalle und in Schulen. Antrag der vereinigten sozia-
listischen Partei auf geänderte Verwaltung und Verwendung
der Einkommen- und Schmelzlohn. Erteilung einer Voreingehmigung für
die Acten- und Sammelwerke H. G. Danks.

Soldatenteufel. Dieser hat den Namen **Teufel** bei seinen Kameraden. Er ist ein junger Soldat, der sich immer in der ersten Reihe befindet.

50) **Samen von Marj Salbe**

„Sie werden doch nicht mein Gefährte werden?“
„Doch zu mir!“ und ich sprach: „Es muß etwas Selbst-
verleumdendes zwischen uns sein.“
„Da manchmal etwas ist das auch,“ sagte sie und hatte
den Finger zwischen den Zähnen. „Aber wäre es denn nicht
besser, wir würden einfach Willen sein aufeinander, können
uns nie geirren, nie täuschen?“
Ich antwortete nicht, ließ verfließen wie die Zukunft da.
Sie sah mich noch einmal mit großen aufsteigenden Augen
von oben bis unten an, als hätte es den Scheiter haufen
zu durchdringen.
„Der Werk ist die Natur nicht recht befehlen.“
Ich erlich meinen Kopf und beugte mich ihrem Kneben. Sie
wies an erwidern, es handelte sich um mich. Ich schielte
mit dem Gefährte, daß es ein sonderbares Gefährte sein würde.
Eine geheimnißvoll bekannte Stimme flüsterte mir etwas
über die Schulter ins Ohr. Ich machte ich weitergehen.
„Nur mir, wenn ein Gefährte da ist, mein Gefährte
gibt.“
„Ist Gefährte? Zum Gefährte! Wenn denn Lust?“
„Was hat das für brutale Fragen?“
„Ja, nicht mehr? Ihre Gefährte und zum Gefährten
hand zu Hand. Sie einmal einer in der Hand ist für Sie
zu befehlen, die nicht befehlen zu wollen. Sie haben
im Augen über den Gefährten zu werden, müssen im
Fichte tun, wo im niemand mehr findet.“
Sie schielte der Kopf, und immer, wie es schien, in
den Gehirnen meiner Hirne, meines Gefährtes, meines
zu Gefährte, all meine Traum und Traum verfließen.
„Sie sind ein merkwürdiger Mensch. Der Traum und der
Gefährte ist Traum.“ Wenn man Sie in einem vor Augen
hat, begreift man eigentlich gar nicht, daß Sie einen so
schlecht verstanden sind. Ich habe ein Gefährte, ich
haben einmal sehr merkwürdig im Gefährte, wenn Sie
nur kein von Gefährte sind. Ich könnte wirklich an Gefährte
ist ein Gefährte verstanden genannt.“
„Warum werden genannt?“ rief ich mit Gefährte.
„Gefährte sind ich für Sie sind, und ich für Sie sind
dann auch ich für Sie sind und Gefährte. Wenn man
nicht mehr Gefährte ist, in Gefährte Gefährte sind.“

Kontz. Schläflicher Kindesmord. Bei Duntersbachen wurde die Leiche eines 13jährigen Mädchens mit durchschnittener Seele aufgefunden und als Tochter eines hiesigen Glaserbeamten festgestellt. Das Mädchen hatte auf dem Heide Wehren geschwiegt und in von einem Fürsorger Salina der Anhalt wahrscheinlich vergewaltigt und dann auf heimliche Weise getödtet worden.

Die Sturzwasserbrücke auf Seren erweist sich als ziemlich unsicher, bei dem 6000 Seeler zerstört und weit über 1000 Menschen getötet wurden. Die Aufräumarbeiten der Meeressäule ist bereits furchtbar heimgegriffen. Die ganze Schenkel von Seren wurde durch die Gewalt der Wogen fortgerissen, und das umliegende Land ist vollständig überflutet. Die Häuser der Stadt wurden zum großen Teil zerstört. 120 Personen, die sich auf einer der kleinen Inseln befanden, wurden in den Wäldertrüben gerettet. Der Ort Seren ist vollständig vernichtet.

[illegible]

Salzburger Angriff auf ein Schiff. Der englische Dampfer „Brown“ ist in schwer beschädigtem Zustande nach dem kanadischen Hafen Victoria gekommen. Das Schiff, das 192 Tonnen bat, wurde von einem riesigen Eisberg angegriffen, etwa 80 Kilometer westlich von der Vancouver-Insel. Das Tier war von einer Harpune getroffen worden, hatte getaucht und war dann plötzlich ganz nahe bei dem Schiff an die Oberfläche gekommen, worauf es mit voller Wucht gegen den Schiffskörper anrannte.

S.P.D. 5. Bezirk Sangsühr. Mittwoch, den 20. August
abends 7 Uhr, im Kleinhammerpark: Bezirksversammlung
Tagesordnung: Vortrag des Abg. Gen. Rathskewitz ü
die Nahrungsfrage. Bezirksangelegenheiten.

Gleich Verlor aus dem Champagnerlale kriegten die
 ihr feurigen Töne der Don-Juan-Musik von ihren St

Lasset uns fröhlich das Leben genießen!
 Lasset uns lieben und scherzen und lachen!
 Welch ein Vergnügen erwartet uns da!
 Freilalelalelalel! (Horchung folgt)

Reserviert für Industriewerke A.-G.

Karl Francke

DANZIG

Jakobengasse Nr. 7
(Ecke Schüsselbamm)

Telefon 1141

Holzexport.

Danziger Holzindustrie Vistula

Aktiengesellschaft

Danzig-Langfuhr, Kastanienweg 4 u. Fernsprecher 1783

liefert in guter, trockener Beschaffenheit
Tischlermaterial in Kiefer und Laubholz in allen Stärken
sowie sämtliche Bauhölzer zu Tagespreisen

Waldholz

— Ex- und Import G. m. b. H. —

DANZIG, Weidmönchenhintergasse Nr. 1-2

Fernsprecher Nr. 5894

Tel.-Adr.: Waldholz

Großhandel mit Hölzern aller Art

Internationaler Waren-Austausch

DANZIG

Langgasse 87

W

Aktiengesellschaft

Telegramme: Iwanach Danzig — Fernsprecher: Notamt Nr. 6860, 6861

Rosenfeld & Co. G. m. b. H.

Berlin Import-Export Danzig

DANZIG, LANGGASSE NR. 73

Telephon 5304 und 5741

Kolonialwaren aller Art / Kaffee / Rohabake

Leder- und Rohhauthandlung

Telefon 1650

Keilner & Kluge

Telefon 1650

DANZIG, Fischmarkt 48

Leder-Ausschnitt :: Schuhmacher-Bedarfsartikel

A. Funk

Tel. 5548 Hohe Seigen 4 (Ecke Wallgasse) Tel. 5548

Käse- und Molkereierartikel en gros

Spezialität: Werder-, Tilsiter- u. Schweizerkäse

Delikatess- und Aufschnittwaren en detail

Holzspedition — Holzlagerung
Sägewerk :: Lohnschnitt Tczew (Dirschau)

Schiffsmakler — Schleppbetrieb

Häfen, Lagerplätze und Schuppen in Danzig
und Tczew (Dirschau), insgesamt 200 000 qm.
außerdem an beiden Orten Wasserläger

Akt.-Ges. Leon Kruszyński

Telefon: 2626, 2653 DANZIG Kohlenmarkt Nr. 7

Tel.: 148 Tczew Tel.-Adr.: Leonka

Zigaretten-, Zigaretten- u. Tabakgroßhandlung

Fernsprecher 2204 **Groen & Widdra** Danzig, Fischmarkt 36

Größte Auswahl in Uebersee-Rauchtabaken

Nowak & Co. G. m. b. H. Danzig

Kreuzmarkt Nr. 2/3 (Altes Raiffeisenhaus)

Telefon 6810 :: Tel.-Adr.: Agernowak

Saaten-Großhandlung

Spezialitäten: Seradella, Lupinen und Hülsenfrüchte

Krüger & Gdanietz

DANZIG, Holzmarkt Nr. 3'

Strümpfe · Trikotagen · Wäsche

Commissionslager von

Sochaczewer & Probst, A.-G., Berlin, Teltow
Göttermann & Co., Götting (i. B.), Hildesheim

**Geschäftliche Rundschau
mit Bausefahrplan**

Musterschiff! Ohne Gewähr!

(J)

Dampferverbindungen

Danzig - Heubude - Bohnsack -
Schöneberg und zurück

Gr. Tor ab 900 115 200 300 500

Heubude „ 900 145 290 380 600

Bohnsack „ 1000 245 330 420 700

Einlage „ — — — 420 — —

Schöneberg „ — — — 500 — —

Schöneberg ab — 600 — — —

Einlage „ — 700 — — —

Bohnsack „ 600 505 745 1000 330

Heubude „ 700 800 945 1150 430

Gr. Tor an 700 900 935 1200 500

Import **N. ENGEL, DANZIG** Export

Langgasse 73 • Telephon 1951

Baumwolle

Baumwollabfälle • Lumpen • Textilstoffe



Danziger Essigsprit- und Mostsch- Fabrik

R. HAFKE & CO.

Tel. 783 :: Kontor und Fabrik: Gr. Schwalbengasse 34

Nur garantiert reine Produkte in prima Qualität

Danziger Lack- und Farbenwerke A.-G.

DANZIG-LANGFUHR

Fernsprech-Anschluß Nr. 698

Tel.-Adr.: Farbenwerke Danzig-Langfuhr

Haltestelle „Friedenschluß“, 20 Minuten ab Danzig

Warschauer Eier-Einkaufs-Zentrale

Zweigniederlassung Danzig

Ex- und Import-Haus

Kopfgasse 17, Eingang Wasserseite :: Fernspr. 629 u. 7337.

Obst- u. Gemüse-Konservfabrik

K. Emil Krüger

DANZIG-LANGFUHR

Hauptstraße Nr. 71 c

— Fernsprecher 388 —

Ludwig Glueck

Telephon Nr. 6340 : DANZIG : Bepfinkengasse 26

Vertreter der Sackfabrik L.-L.

von Fahlberg, Lit & Co., Magdeburg-Stadt

LEOPOLD COHN

M. MICHAELSON, NACHF.

LEDER-GROSSHANDLUNG

Spezial-Abteilung: Schuhmacher-Bedarfsartikel

Berlin • Danzig, Dominikswall 9 • Königsberg

W. Kittler

Bruckgasse 118

Fernsprecher Nr. 43

Lederfabrik :: Leder- u. Kofferhandlung

Ostdeutsche Bernstein-Industrie

M. FRIESE, G. m. b. H.

Jägergasse Nr. 64

Fabrikation echter Bernsteinwaren

Georg Schmidhals & Co. Danzig

Stadtkontor: Danzig, Münchengasse

Telefon 378 und 2865

Fabrikkontor: Langfuhr, Hauptstraße 70

— Telefon 5547 —

Bank-Konto: Danziger Creditanstalt A.-G.

Telegramm-Adresse: SUPRA DANZIG

Fleischwaren- und Fleischkonserven-Fabrik

CARL NICLAS & Co.

Hopfgasse 33 — Telefon 3143 und 1902

Mühlentabake - Hülsenfrüchte - Kolonialwaren

Gebrüder Mazur & Co.

Danzig, Dominikswall Nr. 10

Tel. 1158, 3653, 5261 :: Telegr.-Adr.: „Mazurka“

Lebensmittel, Reis, Mehl, Schmalz, Kolonialwaren

Mardlewski & Zawacki

Danzig, Münchengasse 1

Telephon 5069/6471 Telegramm-Adresse: „Mamport“

Kolonialwaren-Großhandlung

Import — Export

Wankel & Co. G. m. b. H.

Kreuzmarkt Nr. 2-3

Tel.-Adr.: Leksau

IMPORT • • • EXPORT